

Die zwanzig Sozialgesetze der verkehrten Proportion

Autor(en): **Somary, Felix**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **19 (1951-1952)**

Heft 7

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-758671>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE ZWANZIG SOZIALGESETZE DER VERKEHRTEN PROPORTION

Von Felix Somary

Das Sinken der nationalen und internationalen Unabhängigkeit durch die Konzentration der Macht in wenig Händen führt uns zu den Gesetzen der verkehrten Proportion hin. Sie sind bisher nie formuliert worden — aber sie bestimmen Staatspolitik, Krieg und öffentliche Finanz.

Das erste Gesetz: *Je stärker die Gewalt konzentriert ist, desto geringer ist die Verantwortung.*

Und dazu die Variante: Je höher der Platz auf der hierarchischen Stufenleiter, desto unzulänglicher wird er ausgefüllt.

Tausende Korporale in jeder größeren Armee sind ihrer Aufgabe voll gewachsen, ein fähiger Armeechef taucht kaum einmal in einer Generation auf. Das Prinzip der Gleichheit kann dem Staat zur Lebensgefahr werden, wenn es in kritischen Zeiten für die oberen Ränge angewendet wird.

Wer kann aber eine wirkliche Verantwortung für Kriegsbeginn oder Kriegführung übernehmen? Und wozu dient diese Verantwortung? Das Fehlen des für solche Position unerläßlichen Genies kann nicht geahndet werden — und was würde solche Ahndung nützen?

In engem Zusammenhang stehen die beiden folgenden Gesetze: Das zweite Gesetz: *Je größer (im öffentlichen Leben) die Schuld, desto geringer die Sühne.*

Die gleiche Strafe trifft den, der den Tod eines Menschen und den, der den Tod von Millionen zu verantworten hat. Die Möglichkeit der Unheilstiftung mag für den Regierungschef unbegrenzt sein, die Sühnung ist stets eng begrenzt. Auch ein Staatsmann, der unglücklichen Krieg veranlaßt oder ganze Nationen vertreibt oder ausrottet, kann nur mit dem Verlust seines Lebens bestraft werden. Nur der erste Mord kann wirklich bestraft werden, alle folgenden sind straf-frei, und dieses Bewußtsein ist die Ursache der Ruchlosigkeit bei Diktatoren und Heerführern. Für einen Mann, der tausende oder Millionen Menschen auf seinem Gewissen hat, gibt es keine adäquate Strafe: Er kann nur einmal hingerichtet werden.

Das dritte Gesetz: *Je mehr Rechte jemandem zustehen, desto weniger werden sie wahrgenommen.*

Der Bettler in Süditalien verteidigt seinen traditionellen Platz mit all seinen Kräften — der deutsche Arbeiter hat sich seine Regierungsposition widerstandslos entreißen lassen, und ein guter Teil der amerikanischen Wähler hält sich von der Präsidentenwahl fern. Wo allen alle Rechte zustehen, dort ist kein Recht wirklich behütet. Das vierte Gesetz steht mit dem ersten und dritten in Zusammenhang: *Je mehr Funktionen ein Staat übernimmt, desto schwerer ist seine Verwaltung zu kontrollieren.*

Wie wenig Menschen vermögen den russischen Wirtschaftsplan oder das amerikanische Budget zu kontrollieren? Wenn man einen unter einer Million der dazu Berechtigten annimmt, so geht man eher zu weit; fehlt doch so gut wie allen zum Studium Zeit, Erfahrung und Interesse. Auch die parlamentarische Kontrolle versagt dort, wo der Staat Politik und Wirtschaft allseitig dirigiert. Daher das fünfte Gesetz: *Je größer und je vielseitiger der Staat, desto einflußloser das Volk.*

Der Bürger des schweizerischen Kantons Nidwalden kann in seiner Landsgemeinde zur Entscheidung beitragen — aber welchen Einfluß hat der einzelne auf die Geschehnisse Rußlands oder selbst Amerikas?

Das sechste Gesetz: *Je stärker der Druck der Regierung, desto geringer der Widerstand der Massen.*

Die Engländer revoltierten nicht gegen den brutalen Heinrich VIII., sondern gegen den hochkultivierten Charles, die Franzosen nicht gegen den dauernden Kriegsdruck Ludwigs XIV., wohl aber gegen den gutmütigen Ludwig XVI. Die Herabdrückung des Lebensstandards auf das Minimum vollzog sich in Rußland ohne Widerstand, während in der Union schon leichte Senkung mit Unwillen aufgenommen wird. Stärkster Druck, der die Lebensgewohnheiten radikal ändert und alle trifft, wird als Schicksal empfunden, der Kampf dagegen als aussichtslos angesehen. Maxime für Staatsmänner: Wenn du drücken muß, drücke zu Beginn und drücke hart. Wo der Druck zum politischen System gehört, dort wird er nach einiger Zeit als selbstverständlich angenommen.

Ein Rechtsstaat soll auch nicht in einem einzigen Fall vom Recht abweichen und ein Machtstaat soll nicht Gnade üben — beides erregt, weil von der Norm abweichend, Aufsehen und wird leicht als Schwäche empfunden. Im Rechtsstaat fällt jede einzelne Verurteilung aus politischen Motiven als Anomalie auf und findet scharfe Kritik. Wie groß war der Entrüstungsturm wegen Sacco und Vanzetti in Amerika; jedes einzelne der neunzehn politischen Todes-

urteile in der achtundsechzigjährigen Regierung Franz Josephs gab Anstoß zu weltweiter Empörung und Protest, und zu Anfang des 20. Jahrhunderts, selbst nach Trotzky's Ausspruch der mildesten Zeit, die je gewesen, kam vom Bürgertum in den isolierten Fällen von Todesstrafe wegen politischen Mordes ein scharfer Mißbilligungschor her. Vom Machtstaat dagegen werden grausamste und willkürliche Verurteilungen in Millionen von Fällen als selbstverständlich hingenommen: da sie zum System gehören und so massenhaft gefällt wurden, nimmt man davon nicht mehr Notiz, und die Regierung braucht sich weder nach innen noch nach außen zu rechtfertigen. Nie hat eine andere Aera den Regierungen der Machtstaaten gestattet, so ungestraft unter der vollen Apathie der Weltmeinung zu morden, wie die Endperiode der Epoche, die mit Deklarierung der Menschenrechte einsetzte.

Das siebente Gesetz: *Je größer der Hunger, desto geringer der politische Widerstand.*

Der Tyrannenanwalt des Thomas Morus hat gegenüber den neueren Führern der Linken darin recht, daß nicht der Hungrige, sondern der Satte Revolutionen macht — der darbende Mensch denkt an Befriedigung seiner primären Bedürfnisse und ist ohne politisches Interesse. Darum irren gleichermaßen die Bolschewisten, wenn sie aus tiefer Krise den Sieg des Kommunismus erwarten, wie die Amerikaner, die aus dem gleichen Ideengang das Eintreten von Krisen zu verhindern suchen. Die großen politischen Revolutionen ereigneten sich nicht in Indien, sondern in England, Amerika und Frankreich; die russische war Nachkriegsfolge, nicht Hungerrevolte. Auch die chinesische Revolution war die Tat der europäisierten Intelligenz, nicht das Werk der hungernden Millionen. Selbst die Sklavenaufstände des Altertums fielen in eine Zeit der relativen Lockerung des Sklavenrechtes und besserer wirtschaftlicher Behandlung.

Das achte Gesetz: *Je größer die Zivilisation, desto geringer die Freiheit*

Der Nomade ist freier als der Seßhafte, der Indianer in Nordamerika war freier als der Europäer. Von den zahlreichen Kritikern der Zivilisation sind hierfür vielfache Begründungen gegeben worden, aber — soweit ich sehen kann — nicht die entscheidenden. Bestimmend für das achte Gesetz sind drei andere Gesetze.

Das neunte Gesetz: *Je mehr Gesetz oder richterliche Entscheidungen, desto weniger Recht.*

Die zehn Gebote oder die Zwölftafelgesetze waren jedem bekannt und einleuchtend — aber wer vermöchte es, die Riesenkomplikationen moderner Gesetzgebung in seinem Kopf aufzunehmen?

Unter diesen Umständen ist die Forderung, daß die Gesetze jedermann bekannt sein müssen, ein Akt größter Willkür. Der Mann im zivilisierten Staat ist immer mehr ohne Rechtsbeirat so verloren wie der afrikanische Analphabet ohne Schreiber, und im Zentrum der Erdenwirtschaft, in New York, wagt der Kaufmann — einst der Repräsentant der Freiheit — keinen Schritt anders zu tun als am Gängelband eines juristischen Spezialisten. In Rußland aber ist es völlig ausgeschlossen, in den Geist des Rechtes einzudringen. Die Forderung nach kurzer, klarer und dem Volksempfinden entsprechender Gesetzgebung — die noch so scharf im Widerstand gegen die Rezeption des römischen Rechtes sich einst geäußert hatte — kommt nur noch vereinzelt zum Ausdruck, so etwa in manchen Ergebnissen des Referendums in der Schweiz. Sonst hat allenthalben der chinesische Gesetzeswirrwarr den Kampf ums Recht — diesen stärksten Ausdruck individueller Freiheit — so gut wie unmöglich gemacht.

Das zehnte Gesetz: *Je besser die Verkehrsmittel, desto leichter können sie abgesperrt und desto weniger können sie benutzt werden, wenn man sie am meisten benötigt.*

Keiner größeren Tat hat sich unsere Epoche gerühmt, als der beispiellosen Fortschritte des Verkehrswesens, die bis zur hundertfachen Steigerung der Geschwindigkeit führten, und es mag wie bewußte Paradoxie erscheinen, in dieser Entwicklung ein Moment der Unfreiheit zu erblicken; muß nicht Beschleunigung und Verbilligung des Verkehrs die Bewegungsfreiheit erleichtern? Und mag nicht der so lange ersehnte Gewinn des Fluges den Piloten von staatlicher Regulierung, ja selbst von staatlichen Grenzen freimachen? Hier aber trägt der Augenschein.

Der Fußgänger und der Mann im Ruderboot sind die freiesten, der Pilot und der Mann im Dampfer die unfreiesten. Die Regierung kann dem Automobilisten die Straßen und Tankstellen, der Schifffahrt die Häfen und dem Piloten die Flugplätze sperren, niemals aber dem Fußgänger alle Wälder und dem Ruderer alle Anlegestellen. Wo es gilt, vor der eigenen Regierung zu flüchten, dort zeigt sich die Ueberlegenheit der primitivsten Verkehrsmittel vor den neueren (mit einziger Ausnahme des Velos); gerade die Beschränkung auf Straßen, Abfahrt- und Ankunftsplätze macht Absperrungen eines ganzen Landes zu einer Affäre von wenigen Stunden. Die Schließung aller Flugfelder kann in einer Minute durchgeführt werden. Nie war die Herrschaft diktatorischer Regierungen über die Verkehrsmittel so vollständig wie in der Gegenwart.

Das elfte Gesetz: *Je besser der Nachrichtendienst, desto weniger dringen der Tyrannis ungünstige Meldungen an die Außenwelt.*

Post, Telegraph, Telephon, Radio und Television sind entweder schon im Frieden vom Staat organisiert oder so zentralisiert, daß sie sofortiger Kontrolle unterliegen. In der Zeit primitivster Nachrichtenübermittlung drangen die Märtyrergeschichten weit hinaus — in der Gegenwart kommt aus den Konzentrationslagern kaum ein Ton in die Öffentlichkeit. Je mehr Zeitungen erscheinen und je reicher ihr Inhalt wird, desto schwerer kann sich eine wirkliche öffentliche Meinung bilden: Der Leser wird verwirrt durch die Fülle täglicher Nachrichten und vermag aus dem allzuvielen Nebensächlichen das wenige Wichtige kaum herauszufinden. Mit den steigenden Kosten eines umfangreichen Informationsdienstes wächst die Bedeutung der Selbstankündigungen und -anpreisungen außerhalb und innerhalb des Textes. In schärfstem Maß haben hiervon die Regierungen — und nicht bloß die totalitären — Gebrauch gemacht; die verschiedenen Departements der Regierungen sowie der internationalen Organisationen überschwemmen mit ihren public relations professionals die Zeitungen, die dadurch immer mehr an innerer Unabhängigkeit verlieren — eine furchtbare Gefahr! Ist doch die Bildung einer unabhängigen öffentlichen Meinung die Aufgabe, die dem Journalisten den Berufsadel verleiht.

Das zwölfte Gesetz: *Das Mitgefühl sinkt mit der Häufigkeit des Leidens.*

Das Leiden eines einzelnen ergreift uns mächtig, das gleichzeitige Leiden vieler wirkt abstoßend. Keine Darstellung läßt kälter als des großen Albrecht Dürers Marter der Zehntausend. Nichts Widerwärtigeres als der Anblick eines Schlachtfeldes — wie gräßlich ist schon das Wort «Schlacht» — und vollends Verlustberichte sind so einschläfernd wie jede Statistik: Ein einziger Hilfe- oder Todeschrei eines unserer Nächsten ergreift uns in innerster Seele, während wir uns bei der Meldung vom Verlust von vielen Tausenden — wenn nicht nahe Angehörige sich darunter befinden — nichts Konkretes vorstellen können. Wie deutlich kommt darin die Verlogenheit in der Ueberbetonung des Sozialen zum Ausdruck. Shakespeares Heinrich VI. erreicht seinen Höhepunkt in der Klage des Vaters um den Sohn und des Sohnes um den Vater. Der einzige, der bei Shakespeare das allgemeine Leid empfindet, der König, scheint einer Aera, die soviel von Allgemeinwohl und -leid spricht, nicht mehr zeitgemäß zu sein.

Die Schändung einer Frau — als Individualfall — hat in der Geschichte Roms Empörung hervorgerufen, die zweimal zur Revolution hinführte. Die massenhaftesten und infamsten Vergewaltigungen der Weltkriegsperiode wurden gleichmütig hingenommen.

Dieses Gesetz ermöglicht Krieg und Tyrannis. Würde unser Mit-

gefühl mit der Zahl und dem Leid der Opfer wachsen, so müßte der Widerstand so zwingend werden, daß er Krieg und Tyrannis unmöglich machen würde. Die Vielfalt des Leides stumpft ab, selbst gegen das eigene Schicksal, das als allgemeines erscheint. Ein furchtbares Gesetz mit furchtbaren Konsequenzen!

Das dreizehnte Gesetz: *Je mehr Tyrannen, desto weniger Opposition.*

Ein Tyrann erregt Widerstand, mehrere erregen Nachahmung.

Das vierzehnte Gesetz: *Je weniger eine Sache begründet ist, desto leidenschaftlicher wird sie verteidigt.*

Es gibt nicht Fanatiker der Mathematik oder Astronomie, wohl aber der Politik und der Theologie. Man stirbt nicht, sagt Renan, für Wahrheiten, sondern für Meinungen.

Das fünfzehnte Gesetz: *Je weniger der Staat seine Bürger schützt, desto mehr verlangt er für diese Funktion.*

Als Britannien über die sieben Meere herrschte und die leichteste Bedrohung eines seiner Bürger Kriegsgefahr bedeutete, war das Land so gut wie steuerfrei; als es selbst fremde Angriffe aus eigener Kraft nicht mehr allein abwehren konnte, nahmen seine Steuern ein Höchstmaß an.

Das sechzehnte Gesetz: *Je schwächer der Staat, desto höhere Forderungen werden an ihn gestellt.*

Wenig wurde von Washington verlangt, als das Bundesbudget trotz Freiheit von direkten Steuern mit Ueberschüssen abschloß; von dem Staat aber, der mit Schulden überlastet ist, verlangt eine immer stürmischere Bewegung die Lösung aller sozialen Fragen. Das führt in seinen Wirkungen zum nächsten,

Siebzehnten Gesetz: *Je mehr Geld ausgegeben wird, desto geringer ist der gesamte Geldwert.*

Die Sanierung ist am leichtesten, je tiefer der Geldwert gefallen ist.

Daraus ergeben sich zwei Folgen:

Das achtzehnte Gesetz: *Je mehr die Oekonomie Erhöhung des Zinses verlangt, desto mehr senkt ihn die Politik herunter.*

Und das neunzehnte Gesetz: *Je schwächer die Staatsfinanzen, desto höher die Ausgaben.*

Nie hat man so luxuriöse Amtsgebäude wie in der Zeit vor dem Bankrotte; zu keiner anderen Zeit wächst der Parasitismus so wild in die Höhe. In solchen Tagen beginnen die seltsamsten Geldquacklehren zu wuchern. Das einzige Heilmittel ist das restlose Auslaufen des Geldes, das dann zur Besinnung zwingt.

Das zwanzigste Gesetz: *Je größer Reichtum macht, desto geringer die Sättigung, desto stärker der Drang nach weiterer Vermehrung.*

Daraus resultiert Konzentration der Vermögen in der Privatwirtschaft und Konzentration der Gewalt im Völkerverkehr.

DIE WIRKUNG DER SOZIALGESETZE Volkssouveränität und Gefahr der Welttyrannis.

Wer die Gesetze der verkehrten Proportion kennt, wird die Ursachen der großen Erfolge der Tyrannis weniger erstaunlich finden. Nie war die Unabhängigkeit der Individuen und der Staaten so schwer gefährdet, nie der Gegensatz zwischen Subjekten und Objekten der Macht so tief und so weltweit. Zu zweien Malen in einer Generation sehen wir das gleiche furchtbare Schauspiel: Ein einziger Mensch kann Millionen von Menschen zum Tode oder einem Leben, das ärger ist als der Tod, verurteilen, seine Macht erstreckt sich auf einen großen Teil der Menschheit, und alles übrige muß sich koalieren, um nicht gleichfalls in seine Henkerhand zu fallen.

Nach der Papierform ist die Volkssouveränität allgemein anerkannt: Danach wären in der Hälfte der Menschheit die Opfer und die aktuellen und potentiellen Insassen der Konzentrationslager die Souveräne und der Tyrann ihr Angestellter.

Es wäre Pflicht der Rechtslehre, auf diesen Kontrast zwischen Doktrin und Wirklichkeit hinzuweisen und die Führung im Kampf gegen die Tyrannis zu übernehmen. Sie hat aber nicht bloß geschwiegen, sie hat noch weit mehr getan; sie hat sich in den Dienst der Tyrannis gestellt.

Dank der deutschen Philosophie von Hegel bis Nietzsche ist der Kult der Gewalt allgemein geworden. Die Sophisten stehen groß und geachtet da und beherrschen die Rechtssphäre — und nicht bloß in den Diktaturstaaten; und zu keiner Zeit hat das alte Werkzeug des Absolutismus, der Souveränitätsbegriff, so weite Auslegung gefunden.

Wie die Sophisten identifizieren die Juristen unserer Zeit Recht und Macht. Sie lehnen den Gedanken eines Rechtes über oder in dem Menschen ab und untergraben dadurch die Idee der Menschenrechte. Durch diese rein formale Auffassung wird das Recht relativiert, variabel, lokalisiert, vom Gutdünken der jeweiligen Machthaber abhängig; der Tyrannei wird freie Bahn geöffnet, die Verantwortung von Regierungen abgestreift und in letzter Linie das Völkerrecht zerstört. Das gleiche Handeln kann der einen Nation als Tugend und der andern — oder der folgenden Generation derselben Nation — als Verbrechen erscheinen, und es verschwindet

damit jede Rechtskontinuität im Volk und jeder Zusammenhang zwischen den Völkern. Diese Auffassung kommt der totalen Politisierung weit entgegen, sie hat keinen Respekt für die Heroen der Freiheit, den Märtyrer, den gerechten Richter, den unerschrockenen Lehrer. «Was ist Wahrheit?» fragt mit Pilatus der skeptische Rechtsgelehrte, und er ahnt nicht, daß er damit die Fundamente des Rechtes wie die der Demokratie erschüttert.

Noch opportunistischeres Gepräge zeigt die Soziologie: Der moderne Totalitätsgedanke wird dem wissenschaftlichen Leben des 20. Jahrhunderts sein neues Antlitz geben, so lehrt ein führender europäischer Gelehrter.

Mitten im Todeskampf gegen die Tyrannis lassen uns Rechtslehre und Philosophie der Gegenwart im Stich, und die Massen folgen den vulgärsten Schlagworten politischer Abenteurer. Sollte einem solchen Typ die Weltherrschaft zufallen, so bliebe nicht einmal das Exil als letzte Rettung übrig. Ja es fehlt selbst die Kraft zum wirksamen Protest, und der Selbstmord eines Cato bliebe ohne Widerhall.

Die obenstehende Betrachtung ist dem Buch «Krise und Zukunft der Demokratie» entnommen, das in Kürze im Europa Verlag (Zürich - Wien - Konstanz) erscheinen wird. Der Verfasser, der sowohl in der Wirtschaftswissenschaft wie in der Wirtschaftspraxis hervorragende Leistungen hervorgebracht hat, gibt kein politisches Programm, sondern eine Diagnose und eine Prognose. Die Spaltung zwischen Schein und Wirklichkeit wird mit seltenem Mut enthüllt und manche bittere Wahrheit an den Tag gehoben. Besonders eindrucksvoll ist der knappe historische Ueberblick, der zeigt, wie aus den Revolutionen des 18. Jahrhunderts die Demokratie sich zur herrschenden Staatsform des Westens durchsetzt, und wie aus der Kriegsära ihr nun die schärfste Krise droht. Die Einsichten und illusionslosen Feststellungen von Felix Somary werden zweifellos eine lebhaftige Diskussion hervorrufen, von der wir hoffen möchten, daß sie eine heilsame Wirkung ausübe. Wir werden in der «Neuen Schweizer Rundschau» in Kürze von berufener Seite eine kritische Würdigung der scharfsichtigen politischen Diagnose Felix Somarys folgen lassen.

Red.